

Diözesanachrichten

Der hochwürdigste Herr Bischof hat den Bericht des Pfarrers Georg Zieschank auf die Pfarrei Ostro mit Anspruch auf Ruhegehalt mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres angenommen und das genannte Pfarramt dem Pfarrer an der St. Johannes-Pfarrkirche in Döbeln Nikolaus Just mit Wirkung vom 15. 10. 1930 übertragen. Das Pfarramt Döbeln wird zur freien Bewerbung ausgeschrieben. Frist läuft am 27. September ab.

Aus der Lausitz

Aus der Leutersdorfer Gemeindefube

Die Verpachtung des Straßengrundes ergab in diesem Jahre die Summe von 991,75 RM. Das Volkshilfungsministerium bewilligt für die Umbauten an der Niederen Schule die Summe von 1500 RM. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter ist seit 1928 und 1929 zurückgegangen auf 1298, gegen 1684 und 1554 in den früheren Jahren. Der Zinssatz bei der Sparkasse wurde auf 4,5 und 8 Prozent festgelegt mit Wirkung vom 1. Januar 1931 bei längerer, monatlicher und vierteljährlicher Kündigung. Für Hypotheken wurde ein Zinssatz von 7 Prozent beschlossen. An die Bauhilfskassen der Gemeinde Zittau werden zur Errichtung eines Arbeiterwohnhauses 750 Quadratmeter hinter dem niederen Gemeindehause verkauft zum Preise von je 150 RM. Der Betrag wird bis zur Tilgung der ersten Hypothek gestundet und mit 4 Prozent verzinst, dann aber jährlich mit 300 Prozent zurückgezahlt. Für dieses und das neue Gemeindehaus wird ein gemeinsamer Brunnen angelegt. Einvernehmlich erklärt man sich mit dem Umbau der alten katholischen Schule für Wohnzwecke. Als Sachverständige zur Feststellung der Schäden werden gewählt H. B. Seifert und Reichermelster Wilmshaus, als Stellvertreter G. Kell, Preuß und Reichermelster Wilmshaus. Der Bau der Zentralkühlanlage ist so weit gefördert, daß die Ausschreibung erfolgen konnte. Die Vergebung erfolgt dieser Tage, so daß etwa Mitte September mit dem Bau der Hauptkühlung begonnen werden kann. Der Einbruch von Selbstentzündung wurde bedingungsweise zurückgenommen, da Leutersdorf zu weiteren Verhandlungen bereit ist. Die Weiterbehandlung wurde dem Finanzamt übergeben.

I. Funkenstellung der Oberlausitz. Da die Große Dreedner Funkenstellung dies Jahr ausfällt, wird an deren Stelle Ende September eine Funkenstellung der Oberlausitz in Saahren, „Baufunk“, stattfinden. Sie wird Neuerungen auf dem Gebiete des Funkenwesens zeigen und soll außerdem dem Besucher einen tiefen Einblick in das gesamte Gebiet und seine wissenschaftlichen Grundlagen erschließen. Unterstützung ist bereits zugesichert von der Reichspost, der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, der Mitteldeutschen Funke-Gesellschaft in besonderer Weise und vom Funk-Verband Ostdeutschland. Auch das neue Gebiet des Reichens wird nach Möglichkeit berücksichtigt werden; es ist zu hoffen, daß es der Ausstellungsleitung gelingt, eine geeignete Vorführungsanordnung dafür zu beschaffen. Zwar halten die am Reichens arbeitenden Firmen noch der breiteren Öffentlichkeit gegenüber mit ihren Erfolgen zurück, da manche technische Einzelheiten sich noch immer im Versuchszustande befinden, doch wäre es eine bedeutende Werbung für die geplante Ausstellung, wenn jedermann hier jene neue Erzeugnisse der Technik auch auf ihrer gegenwärtigen Stufe kennenlernen könnte.

I. Sturz vom Heumagen. In Gollischwitz stürzte die Witwe Weisbe von einem hochbeladenen Wagen Grummet herab. Sie erlitt dabei schwere Kopfverletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

I. Die Berufungsinstanz erhöht die Strafe. Das Gemeinsame Schöffengericht Bautzen hatte am 21. Mai d. J. den Fabrikanten und Sögenwerksbesitzer Richard Vohain aus Gollischwitz in Verfolg eines Konkurrenzverfahrens wegen Untreue, Unterschlagung, Gläubigerbegünstigung und anderer Delikte zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und Ehrenrechtsverlust verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte sowohl Vohain als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht verwarf nunmehr die Berufung Vohains und erhöhte die Strafe auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenverlust.

h. Neue Krankenhallenleiter in Aus. Der Stadtrat hat, nachdem der zum Leiter des neuen Krankenhauses gemählte Arzt Dr. Badelmeier von seinem Vortrage zurückgetreten ist, nunmehr Dr. Lange (Chirurgie) und Dr. Margenstern

(innere Krankheiten), beide am Krankenliste in Zwickau tätig, als leitende Ärzte mit gleichen Rechten für das neue Krankenhaus gewählt.

g. Gefährliches Spielzeug. In Oelschütz l. B. hatten sich drei halbwüchsige Burschen aus einer verschlossenen Kiste, die in einem ebenfalls verschlossenen Raum aufbewahrt wurde, Sprengkapseln und Zündschnur geholt und waren mit der Beute aufs Feld gegangen, um dort damit zu spielen. Die Zündschnur wurde angezündet, und die spannend erwartete Explosion erfolgte, aber so unglücklich, daß einem der Experimentierenden, dem 15 Jahre alten Rüstfänger Johannes Häbner, drei Finger der rechten Hand weggerissen wurden. Er wird wohl nie wieder unbefugterweise eine Sprengkapsel antühren.

Das Recht zur Abhaltung von Reifeprüfungen

Nach einer im Sächsischen Gesetzblatt vom 6. September enthaltenen Verordnung betr. Änderung der Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse der höheren Schulen kann das Recht zur Abhaltung von Reifeprüfungen mit der Wirkung der gegenseitigen Anerkennung solcher privaten Schulen ohne Öffentlichkeitscharakter verliehen werden, die einer anerkannten Form der öffentlichen Schule im wesentlichen entsprechen, und die im Sinne der Vereinbarung der Unterrichtsverwaltungen der Länder über die Durchführung des Art. 147 I der Reichsverfassung den entsprechenden öffentlichen Schulen auch nach ihren Leistungen gleichwertig sind. Für die mündliche Prüfung gelten die Bestimmungen der Prüfungsordnung für öffentliche Schulen. Die Reifeprüfung ist durch einen Beauftragten der staatlichen Unterrichtsverwaltung zu leiten. Dieser kann nicht durch den Leiter oder einen Vertreter der Anstalt und in der Regel auch nicht durch den Leiter oder einen Lehrer einer benachbarten öffentlichen Schule vertreten werden.

**Du klagst bei der Partelen Fülle:
„Wer hat nun recht bei dem Gebrülle?“
Dann mach' doch bloß die Augen auf
Und seh' dein + beim Zentrum drauf!**

Nazis wählen kommunikalisch!

Neber die Nazis ist ein tolles Durcheinander gekommen. Wenn es nicht so schwer wäre, sich durch den Irrgarten von Gruppen und Gruppchen der verschiedensten Nazi-„Richtungen“ zurechtzufinden, wäre es verlockend, eine Komödie darüber zu schreiben. Jedenfalls hat das neueste „Ereignis“ aus der nationalsozialistischen Bewegung, die „Kreuzer der Prätorianer“, wie ein Akt einer grotesken gewirkt. Adolf Hitler hat seine „Getreuen“ finanziell vorläufig beschwichtigen können, aber naturgemäß nicht alle! Und so muß er nun aus diesen Kreisen, nachdem bekanntlich Otto Straßer schon fröhe Wahlenthaltung propagiert, die Drohung hören, daß die Nazis am 14. September kommunistisch wählen würden. In Flugblättern, die jetzt in Berlin verteilt werden, und von den oppositionellen „SA-Kameraden vom Sturm 9“ unterzeichnet sind, wird folgende „Parole“ ausgegeben: „Keine Stimme für Liste 2. Wir stimmen nicht in allen Fragen mit den Kommunisten überein, aber wir werden ihnen dennoch unsere Stimme geben, weil wir glauben, daß sie eine ehrliche Arbeiterpartei sind.“

Womit allerdings nur aufs neue betont wird, daß der grundsätzliche Unterschied zwischen Hitler und Sowjetern nicht sehr groß ist und daß die Brüder einander wert sind. Interessant sind aber aus den Flugblättern noch einige Mitteilungen über Nazi-Internat. Von Goebbels und Wille wird darin gefordert, daß sie die Sturmabteilungen wochenlang betrogen hätten. Dann heißt es weiter:

„Doch laßt Herr Goebbels in einer Zeit, wo unsere Bewegung kein Geld hat, einen neuen Mercedeswagen, der mindestens 15-20 000 Mark kostet. Herr Goebbels läßt sich von der Partei jede Rede bezahlen. Herr Wille, Gaugeschäftsführer, kann sich von seinem Parteigehalt ein Zigarrengeschäft kaufen. Kein Arbeiter, kein SA-Mann ist ausfichtreicher Kandidat für die Reichstagswahl. Wir müssen uns herumschlagen. Unsere Führer: Parteiangestellte, ehemalige Offiziere, bürgerliche Geschäftsleute, Schriftsteller oder Fabrikanten, werden Abgeordnete. Sie werden im Reichstag ebensowenig für uns evozieren wie Minister Fried in Thüringen.“

Stahlhelmer und Nazis

Der selbstbetretende Bundeskanzler des Stahlhelm B. d. F., Major a. D. Wagner, hat für die Stahlhelm-Verbandszeitung einen Artikel „Wahlen und Stahlhelmpolitik“ geschrieben. Darin sucht er unter Hinweis auf die erste Warnschlacht zu begründen, weshalb die Stahlhelmführung auf eigene Verantwortung den Bund in die politische Reserve genommen habe; heute sei auf dem politischen Felde ein Führer der gesamten nationalen Opposition überhaupt nicht vorhanden. Zudem wir feststellen, daß, wie auch aus dem Artikel klar hervorgeht, die Stahlhelmführung sich Hugenberg's Programm vollständig zu eigen macht, erwählen wir hier nur folgenden Passus aus diesem Wahlaufsatz:

„Gewiß, die Brauhemdenkavallerie am rechten Flügel, frisch und unternehmungslustig, wird zunächst gut normiert kommen. Sie wird — wie das Infanteriebrauch ist — verächtlich auf die schwere Infanterie blicken. Sie wird den Feind ärgern und zerrern. Den nationalen Sieg entscheiden wird nicht sie, sondern wir — die schwere Infanterie, planmäßig durch die Führung aus der Reserve angeführt zu der entscheidenden Zeit an der entscheidenden Stelle.“

Also die Stahlhelmführung erkennt die Nationalsozialisten als Kameraden an, sogar als gemäßigteren bevorrechtigten, denn im alten Heere spielte doch die Kavallerie eine besondere Rolle. Wir beneiden die wirklichen Frontkämpfer aus dem Stahlhelm nicht um solche Kameraden! Aber aus dem Vergleich des selbstbetretenden Bundeskanzlers kann man auch Schlüsse ziehen auf die innere Verbindung der deutsch-nationalen Parteileitung mit den Hitlerianern.

Wie hat das „Her der Rechten“ auf seine „Brauhemdenkavallerie“ sein kann, sollte eigentlich auch dem Herrn Major a. D. Wagner aus den Vorberichten der letzten Tage im Hitlerlager bekannt sein. Vielleicht liest er heute einmal das Wort Otto Straßers „Der Nationalsozialist“ über diese Vorgänge, und vielleicht liest er dabei auch folgenden Satz:

„Es ist vorgekommen, daß, um einen prominenten Redner der Partei, der 150 Mark Rednerhonorar forderte, zu befriedigen, die SA-Männer aus ihren Taschen die fehlende Summe zusammenlesen mußten, als durch Eintreffens der die Summe nicht ausgedacht wurde.“

Wie wäre es, wenn Hugenberg usw. auch für ihre „Kavallerie“ etwas tiefer in den Beutel griffen?!

Reichswehrministerium gegen Künstler

Das Reichswehrministerium teilt mit: Nach den Berichten verschiedener Blätter hat Herr Franz Künstler in einer Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei behauptet, Offiziere der Reichswehr seien mit dem russischen Militärattaché und deutschen Kommunisten zusammengewesen und hätten mit diesen die Grundlage für den Aufbruch der KPD vereinbart. Diese Angaben sind so phantastisch und ungeheuerlich, daß Herr Künstler hiermit öffentlich aufgefordert wird, auf folgende Fragen zu antworten:

1. Wann und wo ist diese Zusammenkunft gewesen?
2. Welche Offiziere haben daran teilgenommen?
3. Welche Beweise kann Herr Künstler hierfür vorlegen?

Sollte Herr Künstler den Beweis für seine Angaben schuldig bleiben, so würde er sich selbst als Verleumder kennzeichnen, gegen den sich das Reichswehrministerium gerichtliche Schritte vorbehalten.

Ferner hat Herr Künstler die Namen einiger früherer Offiziere genannt, die angeblich in Russland tätig sein sollen. Da diese Namen schon öfter genannt worden sind, hat das Reichswehrministerium folgendes über sie festgestellt: Generalmajor a. D. Thomson von der Liech hat die Reichswehr niemals angehört. Er lebt seit Jahren schwer krank und fast erblindet in Schleswig-Holstein. General der Artillerie a. D. Ludwig ist 1929 aus der Reichswehr ausgeschieden und wohnt in Berlin. Zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen keine dienstlichen Verbindungen irgendwelcher Art. Major a. D. Ritter von Riederer ist schon am 31. Januar 1922 aus der Reichswehr ausgeschieden. Er ist Dr. der Geographie und seit seiner Verabschiedung auf diesem Gebiete wissenschaftlich tätig. Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang in einer Zeitung der Major a. D. Zustraw genannt worden, der im Jahre 1929 den Abschied erhalten hat. Er hat sich, soweit dem Reichswehrministerium bekannt, seitdem dauernd in Deutschland aufgehalten. Dienstliche Beziehungen zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen nicht.

Staatsidee und Weltanschauung

Ein Vortrag von Kaplan Fajhel.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des Zentrumsvereins Charlottenburg im großen Saale des Tiergartenbades sprach Kaplan Fajhel zu dem Thema: „Staatsidee und Weltanschauung.“ Der Vorsitzende des Zentrumsvereins Charlottenburg, Bürgermeister Edelschwarz, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß diese Versammlung sich bewußt von den üblichen Wählerversammlungen unterscheiden wolle. Sie diene nicht der Agitation, sondern der sachlichen Aufklärung.

Dann ergriff Kaplan Fajhel das Wort. In glänzender freier Rede zeichnete er die philosophischen Untergründe, auf denen die verschiedenen Welt- und Staatsauffassungen der deutschen politischen Parteien stehen. Theoretisch teilt Kaplan Fajhel die extremen Parteien in sechs große Gruppen ein, und innerhalb dieser sechs Gruppen unterscheidet er zwei Gegenpole der Staatsauffassung, die eine, die sich in der Idee auf Epikur zurückführen läßt und die im Staat ein Nebeneinander lauter einzelner selbständiger Individuen sieht, und die andere, von Plato gebildet, daß der Staat eine Einheit darstellt. Oder praktisch gesprochen: die Individualisten und die Sozialisten. Innerhalb dieser beiden großen Gruppen unterscheidet Kaplan Fajhel je drei Untergruppen, je nach der Wertbemessung der Dinge, die sich die Anhänger dieser Auffassung zu eigen gemacht haben. Und zwar unterscheiden sie sich danach, ob sie die geistigen Dinge, die körperlichen oder die dem Menschen umgebenden äußeren Dinge als die höchsten Güter des Lebens ansehen.

Die individualistische Auffassung, die die geistigen Güter als die höchsten Werte des Lebens ansieht, vertritt die Auffassung, daß der Staat ein Rechtsstaat der individuellen Freiheit sei. Vertreter dieser Auffassung sind die Humanisten: Kant, Herder, Lessing. Die Freiheit des einzelnen ist ihnen das höchste Gut, und der Staat hat nur die negative Aufgabe, Willkür einzuschränken. Die andere Gruppe der individualistischen Auffassung, die die körperliche Entwicklung des Menschen als das höchste Gut bezeichnet — Vertreter: H. Spencer —, stellen ein für das individuelle körperliche Aus-

sehen des Menschen. Der Staat — so sagen sie — hat die Pflicht, jedem Menschen dieses freie Aussehen zu garantieren. Staatsfürsorge ist unerwünscht, weil alles Gedeihen sich allein durch die Freiheit ist diese Geistverrichtung vom Darwinismus. Die dritte Auffassung, die die äußeren Güter des Menschen als das höchste ansieht, sieht ihren Vertreter in dem englischen Wirtschaftsphilosophen Adam Smith. Forderung: Freiheit des Handels, des Fortschritts, Freiheit der Wirtschaft! Als Folge vertrat sich diese Richtung einen glänzenden Aufstieg der äußeren Güter des menschlichen Lebens. Wenn sie auch auf der einen Seite einen Aufschwung der Wirtschaft und Industrie in gewaltigem Maße gefördert hat, so zeitigen sie doch auf der anderen Seite verderbliche Erscheinungen, wie die Auswüchse des Privatkapitalismus.

In der anderen der beiden Hauptgruppen, die Kaplan Fajhel theoretisch unterteilt hat, in der Gruppe der Sozialisten, wertet sich die Auffassung von der Wertbemessung der Güter in einer anderen Weise aus. Diejenigen, die die geistigen Dinge als das höchste Gut des Menschen ansehen, sind der Meinung, daß die menschliche Gesellschaft zwar gewisse Tugenden hat, daß aber eine starke Hand nötig ist, um alle diese Tugenden der einzelnen zusammenzufassen. Diese Lehre geht auf Machiavelli zurück. Hobbes führt sie weiter, indem er erklärt, die Menschen sind egoistisch, darum braucht der Staat die absolute Gewalt. Hegel baut die Lehre philosophisch aus und erklärt den Staat für eine göttliche Idee.

Schelling und Fichte sehen auch die Einheit des Staates, sehen sie begründet auf der Gemeinsamkeit der Körper, auf der Gemeinsamkeit des Blutes und der Nässe und leiten daraus ab, daß das gleiche Gut, also die Einheit der Rasse, das Fundament des Staates sei. Die dritte Gruppe, die in den äußeren Umständen die wesentlichsten Güter des Menschen sehen, sind die modernen, praktischen Sozialisten, deren Lehre auf Engels, Marx und Lenin zurückgeht. Wie Hegel im Geistigen die Allmacht des Staates anerkennt, so die Sozialisten im Materieellen. Der Staat muß die Verteilung der Güter in die Hand nehmen, damit alle Menschen gleichmäßig von diesen Gütern profitieren.

Nachdem Kaplan Fajhel in dieser allgemeinverständlichen Gliederung die philosophischen Grundlagen der einzelnen Staatsauffassungen gekennzeichnet hat, leitet er zu einer ganz vollen Schilderung dieser sechs Auffassungen über unter-

Einbeziehung der natürlichen Gesichtspunkte. Alle diese Auffassungen haben nur eine einzige Seite der Natur gesehen. Alles in der Natur besteht aus Gegensätzen. Und wollte man nur einen dieser Gegensätze sehen, so ergäbe sich daraus ein verzerrtes Bild der Welt. Ebenso ist es auch bei diesen sechs gegeneinanderstehenden Auffassungen vom Staate und der menschlichen Gesellschaft. Wie in der Natur eine höhere Kraft die Gegensätze zusammenhält und über das Gegenwärtige hinaus zu einer gewaltigen Einheit zusammenfaßt, so müssen wir auch in der Staatsidee zu einer Zusammenfassung der Gegensätze gelangen. Im einzelnen geht Kaplan Fajhel dann noch einmal an Hand seiner Disposition den sechs verschiedenen Staatsauffassungen nach, liest aus ihnen heraus, was gut und was falsch, was heißt unnatürlich, gekünstelt ist, und schließt dann aus diesen sechs verschiedenen Auffassungen die Synthese, die kein Kompromiß, sondern eine natürliche und vernünftige Staatsidee darstellt.

Nicht einmal ist Kaplan Fajhel während seines Vortrages von dem Thema einer philosophischen, staatspolitischen Auseinandersetzung abgewichen. Nicht einmal ist er ins rein Politische geraten; und doch war dieser Vortrag, insbesondere jetzt vor der Wahl, eine heilige Begegnung für die große Masse. Herr Kaplan Fajhel ließ keinen Zweifel darüber, daß er in der Politik, die von der Zentrumspartei vertreten wird, die Vermittlung um die Verwirklichung dieser vernünftigen und auf den Gesetzen der Natur sich aufbauenden Staatsidee sieht.

Humor

Finanzen. „Waren Sie schon verheiratet, Herr Zuckerguß?“ — „Ja, verheiratet immer verheiratet. Da lieber Gott, ich habe ja nicht einmal so viel Geld, um hier zu bleiben.“

Wunsch an die Post. Ein Rabbiner hatte einst den Jörn des jüdischen Philosophen Waimonides erreicht. Waimonides schrieb ihm: „Wenn ich Trüpel schreiben liehen, würdest Du einen langen Brief von mir bekommen. So aber reich ich nicht, was ich Dir schreiben soll.“

U
Nr. 210 — 11. S.

W

Mitten in
springt uns
Bakschisches
kommt und d

Es riecht
bonbons, Sch
muß die Tür
und Fleisch
summen.

Brockenw
zere Erinnerung
Fetzen Heima
kanischen Au
einem Male e
geht wie Sch
reifen, sind w
die Liebe zu d
wir aus dem
über Nüchten

Moore von
gle als Ueber
an Land unse

Südlcher
wackelige Ku
Milch . . .

Nacht, Ta
schlägt uns d
Wellenschlag

Und jense
— die kleine

Am Bahn
bericht „Verä
Hosenträger,
gehängt werd
Gartenzäune

Aber da
dicken Mensc
Und obgleich
sehen, geht m
um den „Eing

Jetzt steh
Maria Irrgan
ist nichts mel
Irgendwie ist
Zelluloid, Wa
den, viele ha
nach im Trau
laufen hören

An der T
scher und Fe
Pfeitschenfil
Haremsschne
rette.

Von oben
auf denen in
bis zum Grab
entfernen un
kolorierten T
Empfänger a
Versenkung g

Aber da
Größen und
weiß der Le
nicht los. I

Gas

Der Mann
don in dies
neste Haus ge
Kopfschütteln
und Sinn sein
finden.

Am Tor h
krachten ihm
Gozänk der We
um die Welt
rannten die
potterten Rie
mündung sch
hin, warum.

„Nur dur
beruhigt er.

Knurrend
wütend versch
decken. Die M
in Gruppen zu
aber zwischen
schaften zu p
staltet; vortr
lich. Die Me
Stück vom g
staltet hatte.

Fremde bei s

Der Neben
aufgoten. Er
fanatischen A
ungespült. Sie
blau gewesen
ihre Arbeit.

„Wird es
Mann mit Zw
„Es ist di
welche zur An
werden!“